

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

Marc Nohl
Geschäftsführer

Geschäftsstelle
Mülheimer Str. 7A
51375 Leverkusen
Tel.: +49 (214) 50 33 08
Fax: +49 (214) 5 84 17
fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 15. April 2021

Förderung mehrsprachiger Schüler*innen beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen: Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

Die Verwaltung verbessert die Gestaltung des Übergangs Grundschule – weiterführende Schule für mehrsprachige Schüler*innen. Zum Beispiel sollen in Kooperation mit dem schulpsychologischen Dienst durch sprachunabhängige Tests Aussagen über das Potenzial dieser Schüler*innen ermöglicht werden. Ein entsprechendes Konzept wird den zuständigen Gremien des Rates schnellstmöglich vorgelegt.

Begründung:

Konsequenzen aus dem Bildungsbericht 2020/21 der Stadt Leverkusen

Wir benötigen einen kommunalen Bildungsschutzschirm insbesondere für mehrsprachige Kinder und Jugendliche in Leverkusen.

Insgesamt liegt die Zahl der Schüler*innen mit Zuwanderungsgeschichte in Leverkusen im Schuljahr 2020/2021 bei 54 Prozent (bzw. je nach Betrachtungsweise auch bei 57 Prozent).

Das sind mehr als die Hälfte unserer Schüler*innen und somit keine Randgruppe, sondern eine sehr sichtbare Gruppe junger Menschen, die eine entsprechende Aufmerksamkeit verdient.

Viele dieser Schüler*innen besuchen die Hauptschule. An Gesamtschule und Gymnasium gelingt deutlich weniger Schüler*innen der Übergang in die Oberstufe.

Bildung als echtes Querschnittsthema erfordert gerade mit Blick auf die zunehmende Bildungsungerechtigkeit im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Anstrengungen auf allen politischen Ebenen.

Immerhin vier Prozent der Leverkusener Schüler*innen bekommen keine Empfehlung, auf welcher weiterführenden Schulform sie weiterlernen sollen.

Bei mehrsprachigen Kindern und Kindern mit Migrationsgeschichte lässt der Sprachstand in der deutschen Bildungssprache die Empfehlung offenbar schwer erscheinen.

Ebenso muss die sprachliche Förderung schon während der Grundschulzeit individuell und systematisch erfolgen. Dies darf das Schulamt nicht dem Zufall oder der Bereitschaft einzelner Schulen überlassen. Die Etablierung eines engen Kontakts zu der aufnehmenden weiterführenden Schule zur lückenlosen Anschlussförderung ist sehr wünschenswert.

Haushaltsmittel wurden in den Haushalt 2021 eingestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Schulte
Mitglied des Schulausschusses

Roswitha Arnold
Fraktionsvorsitzende